

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 739

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1902

Praktikable Verwendung von Ortsteilbudgets

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Ortsbeiräte und Ortsvorsteher erfüllen eine wichtige Arbeit in der unmittelbaren Kommunikation mit der Bürgerschaft. Insbesondere in größeren Gemeinden stellen sie sicher, dass die Interessen der kleineren Ortsteile Gehör finden. Hierbei gibt es immer wieder Unklarheit über die Verfügungshoheit über Ortsteilhaushalte.

Frage 1: Ist eine Gemeinde verpflichtet, separate Ortsteilbudgets auszuweisen?

zu Frage 1: Nein. Gemäß § 46 Absatz 3a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg können dem Ortsbeirat in der Hauptsatzung zusätzlich zu den in Absatz 3 konkret genannten Angelegenheiten weitere Entscheidungsrechte über Angelegenheiten seines Gebietes eingeräumt werden. Insbesondere kann dem Ortsbeirat bis zu einer durch die Gemeindevertretung festzulegenden Grenze die eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis über ortsteilbezogene Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen eines Ortsteilbudgets übertragen werden. Die Gemeinde ist somit nicht verpflichtet, separate Ortsteilbudgets auszuweisen.

Frage 2: Wenn eine Gemeinde separate Ortsteilbudgets bzw. Verfügungsfonds einrichtet, wer ist über diese verfügungsberechtigt?

zu Frage 2: Im Ergebnishaushalt können in angemessener Höhe Verfügungsmittel der Hauptverwaltungsbeamtin oder des -beamten und der Ortsvorsteherin oder des Ortsvorstehers veranschlagt werden. Die veranschlagten Mittel dürfen nicht überschritten werden, sie sind nicht übertragbar und nicht deckungsfähig (vgl. § 17 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung).

Davon zu unterscheiden sind veranschlagte Mittel für separate Ortsteile. Die Ausführungskompetenz obliegt der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten im Rahmen ihrer oder seiner Zuständigkeit für den Haushaltsvollzug. Die gemeindeinterne Entscheidungsbefugnis über ortsteilbezogene Auszahlungen und Aufwendungen im Rahmen eines Ortsteilbudgets gemäß § 46 Absatz 3a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg obliegt dem jeweiligen Ortsbeirat.

Frage 3: Wofür können die Mittel des Ortsteilbudgets Verwendung finden? Ist es wirklich so, dass nur Elemente angeschafft werden können, die im übrigen Haushalt nicht vorgesehen sind? Ist es zulässig, auch Veranstaltungsgegenstände und Feierlichkeiten zu finanzieren?

zu Frage 3: Die Zweckbindung ergibt sich unmittelbar aus § 46 Absatz 3a Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, wonach es sich über ortsteilbezogene Auszahlungen und Aufwendungen handeln muss.

Frage 4: Inwiefern muss hierbei auf Ausschreibungsregeln geachtet werden?

zu Frage 4: Auf § 30 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung wird verwiesen.

Frage 5: Wie viele Gemeinden haben von der Regelung des § 46 Abs. 3, 3a, 6 BbgKverf Gebrauch gemacht?

zu Frage 5: Die Entscheidung über die Nutzung der Regelung des § 46 Absatz 3, 3a und 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg treffen die Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung. Der Landesregierung liegen zur Beantwortung dieser Frage keine Informationen vor.